

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02221) 21 90 38/39  
Telex: DB 88 845 ppbn d

## Inhalt

Antje Huber MdB, Bundesgesundheitsministerin, sieht in Therapie schon heute eine Möglichkeit für alle Drogenabhängigen: Was kann Drogentherapie wirklich?

Seite 1-3

Axel Wernitz MdB zeigt auf, wohin es führen kann, wenn die CSU Strauß und Staat gleichsetzt: Von der Majestätsbeleidigung zum Flüsterwitz? Seite 4/4a

Lenelotte von Bothmer MdB fordert die Europäer auf, zwischen Israel und den Palästinensern zu vermitteln: Nicht nur eine Seite hat Recht. Seite 5

Haidemarie Wiczorek-Zeul MdEP zum Olympia-Bojkottbeschluss des Europäischen Parlaments: Eine heuchlerische, doppelte Moral. Seite 6/7

Eckart Kuhlwein MdB hält Nachlese zur bevölkerungspolitischen Debatte: Union im alten Fahrwasser. Seite 8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02221) 8 12-1

35. Jahrgang / 49

11. März 1980

Was kann Drogentherapie wirklich?

Therapie schon heute eine Möglichkeit für alle

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Vor einigen Tagen hat der Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit mit der Beratung des Betäubungsmittelgesetzes begonnen. Dieses Gesetz ist Teil des Drogenprogramms, das die Bundesregierung am 16. Januar 1980 verabschiedet hat.

Die Diskussion über die Drogen verstärkte sich im vergangenen Jahr, als bekannt wurde, daß die Zahl der Drogenabhängigen nach zweijähriger Pause wieder gestiegen und auch die Anzahl der Drogentoten größer geworden ist.

Obwohl das Drogenprogramm aus einem ganzen Bündel wichtiger Maßnahmen besteht, hat sich das öffentliche Interesse hauptsächlich auf einen einzigen Punkt konzentriert: Die Forderung Therapie statt Strafe.

Die mit den Drogen zusammenhängenden Straftatbestände finden sich im sechsten Abschnitt des Betäubungsmittelgesetzes, der einerseits vier neue Verbrechenstatbestände und die Heraufsetzung der Höchststrafe von zehn auf 15 Jahre ausweist, andererseits aber die Strafen für abhängige kleinere Dealer bis hin zur Geldstrafe herabsetzt. Der völlige Wegfall der Strafe, das heißt auch der Verurteilung, ist im vorliegenden Gesetzentwurf aber noch nicht verankert. Der Bundesjustizminister hat die Landesjustizminister um Vorschläge und Stellungnahmen zu dieser rechtlich schwierigen Problematik gebeten.

Die angestrebte Lösung soll nämlich über die jetzige Praxis hinaus - in 60 Prozent aller Fälle wird heute die Strafe zur Bewährung ausgesetzt, wo möglich erfolgt eine Einweisung in



eine Therapieeinrichtung - abhängigen kleineren Dealern den Strafmakel einer Verurteilung ersparen, andererseits aber keine Ungerechtigkeiten gegenüber anderen Tätergruppen schaffen und sich, was die Delikte angeht, auch an gewissen Grenzen orientieren.

Neben der Strafaussetzung zur Bewährung mit Therapieauflage treten hier für geringere Fälle der Vorschlag der Verwarnung mit Strafvorbehalt, der Gedanke einer vorzeitigen Tilgung der Strafe im Strafregister und der am weitesten gehende Vorschlag einer Schuld-feststellung ohne Strafausspruch, wenn der Betroffene sich einer Therapie unterzieht. Allen Überlegungen liegt die Einsicht zugrunde, daß Heilung vor Strafe gehen muß, so schwierig sich das Problem immer darstellt.

Unabhängig davon, welcher von den Vorschlägen, die schon gemacht wurden oder noch auf den Tisch kommen, akzeptiert und in einigen Wochen in den Gesetzgebungsgang eingespeist wird, hat das Thema "Therapie statt Strafe" natürlich die Frage ausgelöst, wo und wieviel Drogen-Therapie heute stattfindet und wie erfolgreich sie ist. Denn was nützt, so hat man argumentiert, eine Strafrechtsänderung, wenn es nachher an Betten, das heißt an Therapieplätzen fehlt.

Gemessen an der geschätzten Zahl von 45.000 Drogenabhängigen nehmen sich die Therapieeinrichtungen, deren Adressen das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in dem Heft "Drogenberatung wo?" nachweist, sehr bescheiden aus.

Nach den neuesten Meldungen der Länder gibt es in 60 Einrichtungen 1.800 Langzeitplätze, dazu noch circa 200 Plätze in geschlossenen Einrichtungen zur Unterbringung von Patienten nach Paragraph 64 Strafgesetzbuch oder Paragraph 93 a Jugendgerichtsgesetz. Auf der anderen Seite muß man wissen, daß nur ein kleiner Teil der Abhängigen therapiefähig weil therapiewillig ist (schätzungsweise fünf Prozent). Voraussetzung für die Therapie ist nämlich die Bereitschaft, das freiwillige Mitmachen bei Entzug und Wiedereingliederungs-prozeß, für den es übrigens verschiedene Hilfen im Arbeitsförderungsgesetz gibt.

Die Erfolge einer solchen Therapie waren noch vor einigen Jahren minimal. Heute stellen unsere Modelleinrichtungen fest, daß immerhin circa 30 Prozent der behandelten Abhängigen noch drei Monate nach der Entlassung "trocken" sind, das heißt solange sie noch beobachtet werden können. Drei Monate sind gewiß nicht lange genug, um Endgültiges sagen zu können, und die Zahl von circa 250 Patienten, die die genannten Einrichtungen im Jahr durchlaufen, ist nicht repräsentativ. Und auch das relativ günstige Ergebnis einer Nachkontrolle bei 89 Patienten einer Therapieeinrichtung, von denen nach zwei Jahren 32 Prozent drogenfrei und sozial integriert waren, mag wegen der kleinen Zahl noch nicht so sehr beeindrucken. Dennoch ist dies ein echter Fortschritt gegenüber der Zeit vor zehn Jahren, wo man mit einem Prozent Erfolg eher hätte zum Resignieren neigen können.

Wenn sich herumspricht, daß Therapie eben doch Erfolg haben kann - wenn für manchen vielleicht auch nicht beim ersten Versuch - so könnte die Zahl derer, die es freiwillig damit versuchen, auch größer werden. Dazu brauchen wir ein größeres Bettenangebot durch die Länder. Die Plätze in den Landeskrankenhäusern sind zur Zeit mit verschiedenen Patientengruppen, darunter auch Drogenabhängige, belegt.

Die Länder haben es übernommen, einen Überblick zu erstellen, der den Umfang der jetzigen Drogentherapie deutlich macht. Sollten die vom Bund angebotenen, von den CDU/CSU-Ländern aber abgelehnten neuen Psychiatriemodelle scheitern, so wäre die Chance eines hierdurch auch für die Drogenabhängigen verbesserten Therapieangebots allerdings vertan.

Ein wichtiger Punkt ist natürlich die Kostenregelung. Der Richtwert für eine durchschnittliche Therapie beträgt etwas über ein Jahr. Auf ein bis zwei Wochen Entgiftung folgen circa 40 Wochen Langzeittherapie und vier bis fünf Monate Rehabilitation. Die Kosten werden von der Krankenkasse, der Rentenversicherung oder von der Sozialhilfe übernommen. Wichtig ist, daß die Einweisung in die Therapie-Einrichtung ohne langes Warten auf die Klärung der Kostenübernahme erfolgen kann. Krankenkassen und Rentenversicherungs-



träger haben im November 1978 Kostenabsprachen getroffen, nach denen die Krankenkasse für Versicherte zunächst bis zu drei Monaten eintritt, die Rehabilitationskosten übernimmt dann der Rentenversicherungsträger, gegebenenfalls die Sozialhilfe. Nach einer Anhörung im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit im September 1979 konnten etliche Schwierigkeiten behoben werden. Administrative Verzögerungen und medizinische Fehlbeurteilungen sind aber noch nicht in jedem Einzelfall ausgeräumt. Wichtig wäre, daß neben den ärztlich geleiteten Einrichtungen, die allein heute von Krankenkassen und Rentenversicherungen anerkannt sind, auch qualifizierte andere Einrichtungen belegt werden könnten.

Wer zur Therapie bereit ist, braucht jedoch heute in den meisten Fällen nicht sehr lange zu warten, falls er nicht auf einem Platz in einer bestimmten Einrichtung besteht. Es darf jedoch nicht verschwiegen werden, daß es in zahlreichen Fällen mit einer Therapie nicht getan ist. Wiederholungen sind wie bei Alkoholkranken häufig. Sie müssen deshalb mit eingeplant werden. Es wäre nur falsch, zu glauben, daß die Therapie heute schon eine Lösung für alle ist. Darin liegt ja gerade die besondere Tragödie des Drogenproblems.

Und deswegen darf die verständliche Diskussion um den neuen Aspekt "Therapie statt Strafe" nicht die anderen wesentlichen Ansatzpunkte in den Hintergrund drängen, ohne die diesem bei der jetzigen Ernte- und Handelssituation ohnedies schwierigen Problem gar nicht beizukommen ist. Die Eltern aller Kinder und Jugendlichen, die in Gefahr, aber noch nicht abhängig sind, richten Ihr Augenmerk nicht auf die Therapie, sondern auf die Bekämpfung des Schmuggels und der Dealer. Hier muß über die Grenzen weg noch viel geschehen. Denn auch unsere europäischen Nachbarländer haben mit den Drogen ein ähnlich großes Problem, in einigen Fällen - ungerechnet auf die Bevölkerungszahl - sogar noch mehr Todesopfer als wir.

Die Diskussionen auf der jährlichen Drogenkonferenz der zehn Staaten, die sich der Pompidou-Initiative angeschlossen haben, zeigen die enormen Schwierigkeiten des Kampfes gegen internationale Verbrecherbanden, die mit immer raffinierteren Methoden junge Menschen in vielen Staaten verführen und beliefern, denen der eigene Ruin meist erst klar wird, wenn er kaum noch aufzuhalten ist.

Das Drogenprogramm der Bundesregierung sieht unter anderem eine Intensivierung der Grenzkontrollen, eine Verstärkung des Bundeskriminalamts und noch mehr internationale Zusammenarbeit, besonders mit den Transitländern vor. Hilfe bedürfen allerdings auch die Anbauländer für eine schwer zu bewerkstelligende Umstrukturierung in den Anbaugegenden. Auch hier soll in Zukunft mehr geschehen.

Mehr Forschung, mehr Daten, mehr Informationen sind schließlich der letzte, aber nicht unwesentliche Teil unseres Drogenprogramms. Mehr Information brauchen sicherlich auch Eltern, Erzieher und Jugendliche, die heute überall in der Bundesrepublik mit dem Thema Drogen konfrontiert werden.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit hält die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Informations- und Unterrichtsmaterial für Schüler, Eltern und Jugendleiter bereit.

Ein besonderes Heft, das sich direkt an die Jugendlichen wendet, ist in Vorbereitung.

Ein ganzes Bündel von Maßnahmen - von der Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit über mehr Polizeikontrollen, ein verändertes Strafrecht, mehr Information und mehr Therapie - enthebt uns nicht der Notwendigkeit, darüber nachzudenken, warum junge Menschen Drogen nehmen. Therapie statt Strafe ist menschlich, aber es ist die Menschlichkeit des Nachher. Aus den Untersuchungen über die Situation junger Drogenabhängiger wird eigentlich eine andere Forderung laut: Mehr menschliche Wärme statt Drogen.

(-/11.3.1980/ks/ca)

+ + +



### Von der Majestätsbeleidigung zum Flüsterwitz ?

Wohin es führen kann, wenn die CSU Strauß und Staat gleichsetzt

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Deutschen Bundestags-Innenausschusses

Es ist in Bayern eine Binsenwahrheit und staatspolitisch gesehen ein Übel, daß die CSU je länger je mehr dazu tendiert, sich - ihre parteipolitischen und personenbezogenen Interessen - immer unverhüllter und ungehemmter mit den allgemeinen Belangen und dem Staat gleichzusetzen. Beispiele hierfür aus den letzten Jahren gibt es in Hülle und Fülle. Ob man an die Personalpolitik im öffentlichen Dienst in Bayern denkt oder an die Art und Weise, mit der die CSU in Bayern die parlamentarische Opposition behandelt. Es begann mit dem Versuch, zwei Abgeordnetenklassen zu schaffen: Einmal die zumeist von der CSU kommenden direkt Gewählten aus "MdL de Luxe" und die im wesentlichen von SPD und FDP gestellten, über die Listen gewählten MdL als "Parlaments-Parias". Skandalös bleibt nach wie vor, wie die CSU im Landtag mit den Minderheitsrechten etwa im Zusammenhang mit Untersuchungsausschüssen umspringt. Die Bonner Opposition würde tagtäglich über Machtmißbrauch und Knebelung lamentieren, wenn man mit ihr ähnlich verführe.

Die Verquickung von Person und Amt in Bayern hat mit Franz Josef Strauß als Ministerpräsident und Kanzlerkandidat der CDU/CSU eine neue Dimension gewonnen. Unverkennbar strebt er unter Assistenz ergebener Gefolgsleute für sich eine "kritikfreie Bannmeile" an, die sich über Bayern und möglichst über den Rest der Bundesrepublik erstrecken soll. Wie sehr sich Strauß als "über jede Kritik erhabene Person der Zeitgeschichte" selbst versteht, hat erst jüngst in bedenklicher Weise die Brückierung der Stiftung Theodor-Heuss-Preis in München gezeigt. So reagiert kein demokratischer souveräner Politiker, sondern nur eine sich selbst absolut setzende beleidigte Majestät. So gesehen war es beinahe konsequent, daß auch kein anderes Kabinettsmitglied teilnehmen wollte oder durfte. Wahrlich eine besondere Qualität von Kabinettsdisziplin!

Angesichts der vom CSU-Vorsitzenden und seinen Parteigängern im Freistaat Bayern teils offen, teils verdeckt betriebenen Kampagnen zur faktischen Durchsetzung eines Kritikverbotes an Franz Josef Strauß, verdient ein Vorgang allgemeiner und besonderer Aufmerksamkeit: Das bayerische Staatsministerium des Innern gibt monatlich unter dem Titel "Politische Sicherheitslage in Bayern" eine "Übersicht über die Entwicklung der innenpolitischen Sicherheitslage in Bayern". Unter dem Kapitel "Linksextreme Aktivitäten und Bestrebungen" findet sich im Dezemberbericht 1979 erstmals - vielleicht als Versuchsballon gedacht - ein Abschnitt mit der bemerkenswerten Bezeichnung "Kampagne gegen den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten". Anlaß beziehungsweise Aufhänger hierfür war ein Aufruf "Gemeinsam gegen rechts - Stoppt Strauß jetzt". Es reichte für die Aufnahme in den monatlichen "Verfassungsschutzbericht" aus, daß unter anderen Reinhardt Kühni, Mitglied des Bundesvorstandes des Bundes demokratischer Wissenschaftler, Professor Helmut Gollwitzer und Bernt Engelmann vom Presseauschuß Demokratische Initiative und Vorsitzender des Schriftstellerverbandes diesen Aufruf unterzeichnet hatten.

Zunächst ist festzuhalten, daß die Sicherheitslage weder in Bayern noch sonstwo durch derartige Aufrufe und Aktionen weder jetzt noch in Zukunft gefährdet sein dürfte. Was allerdings durch solche behördlichen Überreaktionen in Gefahr gerät und unter Umständen ernsthaft bedroht werden könnte, ist das Grundrecht auf freie und kritische Meinungsäußerung. Hier gilt es den Anfängen zu wehren. Jedermann hat bei uns das Recht



unter Beachtung der Verfassung und der Gesetze, Kritik auch in scharfer Form an Politikern wie F.J. Strauß oder anderen zu üben, ohne gleich damit rechnen zu müssen, daß dies in Übersichten zur Sicherheitslage in Bayern seinen Niederschlag findet. Noch schlimmer wäre es freilich, wenn bereits heute intern beziehungsweise verdeckt über kritische Äußerungen zu Strauß in bestimmten bayerischen Behörden "Protokoll geführt" würde.

Mit einer Rubrik "Kampagne gegen den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten" eröffnen sich natürlich in Bayern bisher ungeahnte Möglichkeiten. Nicht nur mißliebige Linke und aufmüpfige Schriftsteller, die absolut nicht einsehen wollen, daß die Formel "Ratten und Schweißfleigen" die für sie von "kompetenter" Seite verordnete Berufs- und Qualitätsbezeichnung ist, sondern auch die einschlägigen Aktivitäten gegen Strauß von SPD, FDP und anderen von der CSU unabhängigen Organisationen, ließen sich mühelos und ideal unter obiges Verfassungsschutzetiket bringen. Die Weichen für das Wahljahr 1980 sind so gesehen eindeutig gestellt: Wer gegen Strauß ist, muß damit rechnen, im Verfassungsschutzkalendarium zu landen. Es fehlt nur noch, daß Strauß seine Behörden den Antrag stellen läßt, das Strauß-Schutzkapitel auch in den jährlichen Verfassungsschutzbericht des Bundes einzufügen. Schließlich tritt der Kanzlerkandidat bundesweit auf!

Die Tendenz zur Einschränkung des grundrechtlich verbrieften Rechts auf Meinungsfreiheit im Zusammenhang mit der Kritik an Strauß in Bayern durch Strauß selbst, die CSU und die von ihr gelenkten Behörden ist unverkennbar. All jene, denen die Bewahrung von Freiheit und Toleranz in Bayern am Herzen liegt - und sie gibt es auch in der CSU - sollten diesen gefährlichen Tendenzen mit und um Strauß rechtzeitig und nachhaltig entgegenreten. Denn am Ende der skizzierten freiheitsfeindlichen Entwicklung stünde dieser "Freistaat"; Ihre Majestät Franz Josef Strauß würde, über jede öffentliche Kritik - weil unterdrückt - erhaben, im stillen Kämmerlein die geheimen Lageberichte über ihn betreffende Flüsterwitze im Volk studieren. Man erinnere und vergegenwärtige sich: Die Zeiten der Flüsterwitze waren die Zeiten des Dritten Reiches und sind bis heute eine Visitenkarte von Diktaturen und totalitären Systemen geblieben. Niemand wird ernstlich behaupten wollen, es sei bereits heute wieder soweit. Aber eines gilt mit Blick auf Strauß in Bayern: Wehret den Anfängen.

(-/11.3.1980/vo-he/ca)

+

+

+



Nicht nur eine Seite hat Recht

---

Europäer müssen Gespräche zwischen Israel und Palästinensern vermitteln

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Präsidentin der Deutsch-arabischen Gesellschaft

Es ist erstaunlich, daß die Welt sich so schwer tut, anzuerkennen, daß es Palästinenser gibt - Menschen also, die in Palästina zu Hause sind; in Palästina, das jetzt Israel ist. Und daß nicht akzeptiert wird, daß diese Palästinenser sich vertreten sehen in ihrer eigenen Organisation der PLO, die wiederum eine Volksvertretung gewählt hat, nämlich den Palästinensischen Nationalrat.

Wer bei uns bisher mit Palästinenser umgeht, wird zumindest als Außenseiter, wenn nicht als Verräter, angesehen. Die Palästinenser kämpfen um ihr Recht, das ist wahr. Was aber tun die Israelis anderes? Ist es nicht erstaunlich, daß der Kampf der Palästinenser als Unrecht und Terror angesehen wird, während der der Israelis, der durchaus nicht zartfühlender und rücksichtsvoller geführt wird, als absolut selbstverständlich und ohne Härten gilt?

Sicher, wir fühlen uns von Schuld gegenüber den Juden immer noch nicht frei und das werden wir Älteren wohl auch niemals können. Aber dürfen wir deshalb neues Unrecht, nämlich das, das den Palästinensern durch die Israelis zugefügt wird, als heilige Notwendigkeit ansehen? Und warum sollten das die Jungen in unserer Volke tun?

Es ist wahrhaftig an der Zeit, daß wir uns klarmachen: Der Konflikt im Nahen Osten geht um den Boden Palästinas, um den Anspruch der Israelis, um das Recht der Palästinenser. Diese zwei nahe verwandten Völker müssen nebeneinander leben können und nicht nur eines hat Recht! Und für uns ist es höchste Zeit, daß wir mit beiden Augen sehen lernen.

Denn im Nahen Osten tickt eine Zeitbombe; ihre Explosion könnte, beschleunigt nun durch die Konflikte im Mittleren Osten, auch uns zerstörerisch treffen. Deshalb ist die Zeit der unverbindlichen Reden, etwa nach der Art: "Wir sind für eine Selbstbestimmung der Palästinenser", vorbei. Wir Europäer, wir Deutschen, müssen Farbe bekennen, soll nicht, abgesehen von der allgemeinen Kriegsgefahr, die dort immer größer erwächst, zunächst unsere Wirtschaft empfindlichen Schaden erleiden. Ein klares Beispiel gibt Bruno Kreisky, der deutlich sagt: "Es muß endlich Gespräche geben zwischen Palästinensern und Israelis und wir Europäer müssen dazu helfen; unsere Einsicht, unsere Hilfe ist notwendig, damit diese Gespräche zustande kommen."

Es gibt einen alten Rechtsgrundsatz, nach dem auch "der andere Teil" gehört werden muß. Handeln wir endlich danach. Die Zeit, die wir zögernd und ängstlich verstreichen lassen, wird knapp!

(-/11.3.1980/vo-he/ca)

+

+

+



Eine heuchlerische, doppelte Moral  
-----

Zum Olympia-Boykottbeschuß des Europäischen Parlaments

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP

Mitglied im Ausschuß für Außenwirtschaftsbeziehungen des Europäischen Parlaments

Mit einer Mehrheit aus Stimmen der Christdemokraten, der Konservativen und der Liberalen hat sich das Europäische Parlament für einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau ausgesprochen - gegen die Stimmen des größten Teils der sozialistischen Fraktion. Die deutschen Sozialdemokraten hatten in der Diskussion die Position vertreten, man solle die Entscheidungen des IOC respektieren. Ich selbst habe bei der Begründung meiner Gegenstimme die Haltung der deutschen Christdemokraten und der Konservativen in der Frage des Olympia-Boykotts als heuchlerische, doppelte Moral bezeichnet: Denn eine ähnliche Mehrheit im letzten Europa-Parlament hatte sich 1978 gegen den Antrag der sozialistischen Fraktion ausgesprochen, aus Anlaß der Fußballweltmeisterschaft ein Hearing des Europa-Parlaments über Menschenrechtsverletzungen in Argentinien durchzuführen. Ich habe daran nachgewiesen, daß die deutschen Christdemokraten die Frage der Menschenrechte und des militärischen Eingreifens der Sowjetunion in Afghanistan lediglich als taktische politische Waffe nutzen, um zum ihnen günstigen Zeitpunkt der Entspannungspolitik Knüppel in den Weg zu werfen.

Der Anti-Olympia-Beschluß ist nur ein Beispiel für die Linie der deutschen Christdemokraten und der englischen Konservativen, die das Europäische Parlament zu einem Konfrontationsforum gegenüber der Sowjetunion machen möchte. Sie werden darin leider allzuoft auch von den grundsätzlich für die Entspannungspolitik eintretenden niederländischen und belgischen Christdemokraten und von den angeblich liberalen Männern und Frauen des Herrn Bangemann unterstützt. Eine solche Politik läuft aber dem wohlverstandenen Interesse der Westeuropäer vollständig entgegen. Für die Westeuropäer besteht eine eigene, sowohl geographische als auch politisch bedingte Interessenlage, die es ihnen eigentlich verbieten sollte, hektisch von der Carter-Administration angepriesene Rezepte für den eigenen Hausgebrauch anzurichten. Egon Bahr hat recht: "Der Zug der Lemminge ist kein geeignetes Beispiel für Solidarität." Die Argumentation, Entspannung sei "unteilbar", klingt zwar verbal gut, hat aber mit der erfahrene Wirklichkeit nichts gemein: Während die Supermächte durch den USA-Vietnam-Krieg in Konfrontation standen, hat die sozial-liberale Koalition die wichtigsten Schritte der



Ost-West-Kooperation begonnen. Wer eine Politik nach der Behauptung, Entspannung sei unteilbar, propagiert, macht damit Westeuropa außenpolitisch - aber auch innergesellschaftlich - direkt abhängig von jedem Konflikt, der zwischen den Supermächten an irgendeiner Stelle der Welt ausbricht.

Die Europäische Gemeinschaft und das Europäische Parlament sollten sich mehr orientieren an der eigenständigen Rolle, wie sie im SPD-Europaprogramm der Europäischen Gemeinschaft zugewiesen wird. Dort heißt es:

"Der europäische Einigungsprozeß gibt uns die Chance, in größerer Unabhängigkeit die Geschicke der Staaten Europas und ihrer inneren gesellschaftlichen Entwicklung zu bestimmen". Und unter bezug auf die Supermächte: "Die Europäische Gemeinschaft muß sich demgegenüber als eigenständige politische Größe darstellen und behaupten. Europa wird in Zukunft in der Welt größere Verantwortung zu tragen haben." Eine solche eigenständige Rolle wird durchaus von bestimmten Gruppen und Kräften in den USA begrüßt (Norman Birnbaum im "Vorwärts" Nr. 6/80)

Wenn politische und wirtschaftliche Boykottmaßnahmen gegen über der Sowjetunion aber dem westeuropäischen Interesse zuwiderlaufen, wäre es dann nicht wesentlich sinnvoller, wenn statt scharfmacherischer Beschlüsse und kritikloser Übertragung von Maßnahmen die Europäische Gemeinschaft und das Europa-Parlament nach Möglichkeiten neuer Impulse für Gespräche mit der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten suchen? Ein solches Beispiel könnten die unmittelbar anstehenden neuen Verhandlungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem COMECON über ein Rahmenabkommen sein, die sich bereits seit 1974 hinziehen. Über Jahre hinweg scheiterten die Verhandlungen vor allem daran, daß die Europäische Gemeinschaft nicht bereit war, in dem angestrebten Rahmenvertrag handelspolitische Fragen und Aufgabenstellungen aufzunehmen. Mit dem formalen Argument, für handelspolitische Fragen bestehe beim COMECON keine Zuständigkeit, deshalb müßten diese in bilateralen Verträgen mit den COMECON-Ländern geklärt werden, wird aber nur mühsam die dahinter stehende verfehlte politische Strategie verdeckt. Nämlich der untaugliche Versuch, die kleineren COMECON-Mitgliedsländer gegen die Sowjetunion ausspielen zu wollen. Ein Versuch, der zu einem Blockieren der Verhandlungen durch die Sowjetunion und zu neuen Fehlschlägen führen muß. Die Europäische Gemeinschaft sollte ihre bisherige Strategie deshalb umgehend korrigieren.

Das Argument der Menschenrechte kann sie ja wohl kaum ins Feld führen: Denn gerade hat sie mit der ASEAN-Gruppe, bei der ähnlich formale Argumente der mangelnden handelspolitischen Zuständigkeiten Platz greifen könnten, unter dem großen Beifall der Christdemokraten und Konservativen ein Kooperationsabkommen geschlossen.

Oder zählen Verletzungen der Menschenrechte nur dann nichts, wenn sie zum Beispiel in den ASEAN-Ländern, wie den Philippinen oder Malaysia erfolgen, Ländern, die zum US-amerikanischen Einflußgebiet gehörend ausreichend gegen die Sowjetunion eingestellt sind?  
(-/11.3.1980/h1/ca)





Panikmache mit der Geburtenrate  
-----

Bevölkerungspolitische Bundestagsdebatte zeigte Union in altem Fahrwasser

Von Eckart Kuhlwein MdB

Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Seit Mitte der 60er Jahre geht in allen entwickelten Industrieländern die Zahl der Geburten zurück. In der Bundesrepublik ist dieser Trend besonders deutlich ausgeprägt. Die Union hat das in vielen öffentlichen Äußerungen zum Anlaß genommen, der Bundesregierung Versäumnisse vorzuwerfen. In der Bundestagsdebatte zu ihrer Großen Anfrage zur Bevölkerungspolitik forderte sie in der vergangenen Woche bevölkerungspolitische Maßnahmen.

Bevölkerungspolitische Möglichkeiten sieht die Union in der Familienpolitik. Sie hat damit deutlich gemacht, daß es ihr bei Familienpolitik nicht darum geht, die Lebensbedingungen der Familien und Kinder in der Bundesrepublik zu verbessern, sondern vor allem um die Erhöhung der Geburtenzahlen. Eine Reihe von Unionsrednern haben präzisiert, warum die Deutschen mehr Kinder bekommen sollen: Für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastruktur, für den Arbeitsmarkt, für die Sicherung des Generationenvertrages in der Altersversorgung. Die Familie wird zum Instrument übergeordneter ökonomischer und politischer Daten.

Die SPD wird ihre Familienpolitik nicht in den Dienst des Bevölkerungswachstums stellen. Sie bezweifelt außerdem, ob die angeblich so dramatische Entwicklung der Bevölkerung für die Bundesrepublik die beschworenen Nachteile bringen wird. Zur Panikmache sieht sie keinen Anlaß: Die Bundesrepublik zählt heute mit 249 Einwohner je Quadratkilometer zu den am dichtesten besiedelten Industrienationen. Bei gleichbleibender Geburtenrate gäbe es im Jahr 2000 noch immer mehr Menschen bei uns als 1961, nämlich 56,3 Millionen. Rechnet man weiter hoch, dann leben auf dem Gebiet der Bundesrepublik im Jahr 2030 noch immer so viele Deutsche wie 1939. Wieso eigentlich soll es für den Arbeitsmarkt nachteilig sein, wenn die Rationalisierung durch Mikroprozessoren nicht mehr zu verstärkter Arbeitslosigkeit führt. Wieso eigentlich sollten kleine Klassen in den Schulen, ausreichend große Wohnungen für alle, weniger überfüllte Freizeiteinrichtungen Sorgen bereiten?

Bleibt die Frage nach den Konsequenzen aus der bevorstehenden Verschiebung der Altersstruktur. Nach den Hochrechnungen wird der Anteil der über 65jährigen in der Gesellschaft bis zum Jahr 2000 geringfügig, dann bis zum Jahr 2030 kräftig steigen. Richtig ist aber genauso, daß im selben Zeitraum der Anteil der unter 15jährigen an der Gesamtbevölkerung erheblich zurückgehen wird. Erhöhten Ausgaben für die Alterssicherung stehen deshalb entsprechende Einsparungen bei den Kosten für die Kindererziehung gegenüber. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung wird im Jahre 2030 sogar noch höher liegen als 1975.

In den nächsten Jahrzehnten werden wir also - wenn sich die Ausgangsdaten nicht erheblich verändern - zwischen den großen Ausgabenblöcken in unserer Gesellschaft umschichten müssen. Das wird sicherlich nicht ohne politische Kraftakte möglich sein. Aber unsere Gesellschaft hat in der Vergangenheit ausreichend Flexibilität bewiesen, um notwendige Umstrukturierungen auch politisch möglich zu machen.

Wer heute Rentnern und Beitragszahlern mit dem Schlagwort vom "sterbenden Volk" Angst machen will, der zeigt, daß er der Verantwortung für die Zukunft nicht gewachsen ist. Die Geburtenrate ist die Summe freiwilliger Entscheidungen von Mitgliedern unserer Gesellschaft. Der Staat will und soll nicht in die Schlafzimmer hineinregieren. Wir wollen niemandem vorschreiben, wieviel Kinder er haben sollte. Und wir wollen auch keinen moralischen Druck ausüben. Die Debatte im Bundestag hat gezeigt, daß alle Unionsbekenntnisse zu Freiheit und Selbstbestimmung der Familien dann nichts mehr wert sind, wenn ökonomische Interessen auf dem Spiel stehen. Der Widerspruch verdient, festgehalten zu werden.

(-/11.3.1980/ks/ca)

vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier